

„Wir bleiben hier“

Von Feierlaune keine Spur: Der Hambacher Forst bleibt erhalten, dafür werden sieben Dörfer im Rheinischen Revier noch abgebaggert - was selbst Politiker überrascht. Und die Waldbesetzer? Denken nicht an einen Abzug.



Der Tagebau Hambach im Rheinischen Revier: Der seit Jahren umkämpfte Hambacher Forst bleibt erhalten. Doch die beiden Dörfer auf der anderen Seite des Restwaldes werden trotzdem abgebaggert.

FOTO: IMAGC

VON DANIEL GERHARDS, VOLKER UERLINGS, CHRISTOPH PAULI, CHRISTIAN REIN UND MARLON GEGO

MERZENICH/ERKELENZ In der Mittagszeit hat sich die Nachricht an der Mahnwache noch nicht herumgesprochen. Die Klimaaktivisten leben hier an der Landstraße 257 zwischen Morschenich und Buir meistens ohne Handy. Der Hambacher Forst bleibt, ist die Nachricht des Tages. Sie hatte sich seit langem abgezeichnet, jetzt ist sie offiziell. Große Emotionen löst sie nicht aus. „Wir trauen weder den Ankündigungen von RWE, noch trauen wir Politikern“, sagt ein junger Mann, der sich „Fuchs“ nennt. Mit Klammern operieren sie hier eher selten; der Waldname „Fuchs“ ist nicht sonderlich originell, an diesem Donnerstag laufen noch mehr „Füchse“ durch den Restwald.

Der „Fuchs“ an der Mahnwache ist erst vergangene Woche aus Berlin zurückgekehrt ins Braunkohlerevier, er war in den letzten Jahren schon öfter hier. Ein paar Tage will er noch am Treffpunkt für Umweltaktivisten und ihre Unterstützer bleiben und auf Freunde warten. „Dann werden wir auch wieder in den Wald einziehen“, das ist sein Plan.

Wer gedacht hatte, dass am Hambacher Forst die Korke knallen, sah sich getäuscht; und wer glaubt, dass die Besetzer nun den Wald verlassen, noch viel mehr.

Ort für alternative Lebensformen

Dass die Besetzerszene, die sich seit 2012 im und am Hambacher Forst etabliert hat, nicht verschwinden wird, steht nicht erst seit gestern fest, sondern schon seit Jahren. In vielen Gesprächen, auch auf Beiträgen in ihrem Blog, haben die Aktivistinnen immer wieder klargestellt, dass die Besetzung des Hambacher Forsts nicht in erster Linie ein Natur- und Klimaschutzprojekt ist. Der Wald und vor allem die angrenzende Wiese, die ein Steuerberater aus Kerpen den Besetzern zur Verfügung stellt, ist von Beginn an ein anarchistisches, also linksradikales Projekt gewesen. Ein Ort, an dem alternative Lebensformen getestet, neue Arten des antikapitalistischen Zusammenlebens in der Praxis erprobt werden, wo der Staat und seine Institutionen, insbesondere die Polizei, nichts zu sagen haben sollen. Die Vorbilder für dieses Projekt sind zum Beispiel die Hausbesetzungen in der Hamburger Hafenstraße in den 80er Jahren oder gegenwärtig die in der Rigaer Straße in Berlin.

Dirk Jansen vom Bund für Umwelt

und Naturschutz (BUND), der seit den 80er Jahren gegen die Braunkohleverstromung kämpft, erklärte gestern in einer Stellungnahme, dass die Bemühungen der Bundesregierung nicht weit genug gingen. Natürlich sei er froh, dass „unser Kampf für den Erhalt der Restflächen“ des Hambacher Forsts nach all den Jahren, Jahrzehnten am Ende erfolgreich war. Aber die Dörfer am Tagebau Garzweiler, glaubt er, hätten ebenfalls gerettet werden können. Und „was überhaupt nicht geht“, sagte Jansen, sei die Inbetriebnahme des Blocks 4 im Steinkohlekraftwerk Datteln. „Das wird unsere Klimabilanz wieder runterreißen, was jetzt als Kohlekompromiss bezeichnet wird, ist vollkommen unzureichend“, sagte Jansen.

Noch im Herbst 2018 hatte RWE-Vorstandsvorsitzender Rolf Martin Schmitz zum wiederholten Mal erklärt, dass der Hambacher Forst nicht zu retten ist, dass es zu spät sei. Der Dürener Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer (Grüne) gehörte zu denen, die Schmitz' Behauptung immer gekontert hatten. „Wer Autobahnen verlegen kann, um mehr Braunkohle fördern zu können, der kann auch den Hambacher Forst retten. Wenn er will“, hatte Krischer gesagt.

Das Problem lässt sich in etwa so skizzieren: RWE hat den Tagebau Hambach bis dicht an den Rand des Waldes getrieben. Die Abbruchkante ist steil und führt senkrecht auf die erste Sohle des Tagebaus. Dieser Zustand kann nicht dauerhaft bleiben, weil er langfristig nicht stabil ist. Erdbeben größerer Ausmaßes könnten die Folge sein, der komplette Hambacher Forst könnte im Tagebau versinken.

Um das zu verhindern, muss die Abbruchkante stark abgeflacht werden. Plastisch ausgedrückt müssen vom tiefsten Punkt des Tagebaus Hambach aus zu den Abbruchkanten an allen Seiten Rampen gebaut werden, die nicht zu steil ansteigen dürfen. Um diese Rampen zu modellieren, sind gewaltige Mengen Abraum nötig. Normalerweise wird dazu der Abraum benutzt, den RWE wegbaggert, um an die Braunkohle zu gelangen, die in bis zu 450 Metern Tiefe liegt. Da der Tagebau Hambach viel größer geplant war, als er nach den gestrigen Beschlüssen wird, fehlt es an Abraum. Ein Bergbauingenieur, der seinen Namen in diesem Zusammenhang nicht in der Zeitung lesen möchte, bezifferte den Bedarf auf etwa 500 Millionen Kubikmeter Abraum. Wer Vergleiche mag: Dies entspräche einem Volumen, mit dem man 116 Millionen Litfaßsäulen befüllen könnte.

RWE-Chef Schmitz erklärte gestern während einer Telefonkonferenz mit verschiedenen Journalisten erstmals, dass zur Lösung der Abraum-Problematik im Moment folgende Möglichkeit in Betracht gezogen wird: Der Abraum soll unter den Geisterdörfern Merzenich-Morschenich und Kerpen-Manheim gewonnen werden. Die Dörfer liegen auf der anderen Seite des Hambacher Forsts dem Tagebau Hambach sozusagen gegenüber, dort leben kaum mehr Menschen. Um dorthin zu gelangen, ohne den Hambacher Forst zu verwüsten, müssten sich die Braunkohlebagger wahrscheinlich um das nord-westliche Ende des Waldes herumgraben und sich hinter dem Wald von Kerpen-Manheim bis Merzenich-Morschenich vorarbeiten. Es entstünde eine weitere Abbruchkante, der Hambacher Forst würde sozusagen zur Halbinsel.

Schmitz sagte, dass umfangreiche Planungen im Gang seien, die bis zu zehn Jahre in Anspruch nehmen könnten. Die Kohleförderung mag in absehbarer Zeit eingestellt werden; dass aber die Bagger aufhören zu graben, ist im Moment noch nicht abzusehen. Sie fördern dann keine Kohle mehr, sondern nur noch Abraum. Ob die Kosten für die Umpflanzung eines oder mehrerer Tagebaue in den 2,6 Milliarden Euro enthalten sind, mit denen die Bundesregierung RWE abfinden wird, wollte Schmitz nicht beantworten.

Von gestern Morgen bis gestern Nachmittag war Merzenichs Bürgermeister Georg Gelhausen

(CDU) davon ausgegangen, dass der verloren geglaubte Gemeindeteil Morschenich nun doch erhalten bleiben könne. Von Schmitz' Planungen wusste Gelhausen offenbar überhaupt nichts – und wurde völlig überrascht. Ebenso wie Morschenichs Ortsvorsteher Michael Dohmes, der schon Pläne erarbeitet hatte, was man mit dem verlassenen Ort nun anfangen könnte. Diese Planungen sind nun hinfällig.

Auch die Pläne, die Britta Kox hatte, ändern sich, müssen sich ändern, das steht seit gestern fest. Britta Kox lebt in einem Haus, das seit Generationen im Besitz ihrer Familie ist. Wenn sie über das Haus spricht, merkt man, wie sehr Kox an ihrer Heimat hängt. Dann merkt man, dass dieses Haus für Kox mehr ist als der Ort, an dem sie wohnt. Für Kox, die dort mit Mann und Kindern lebt, ist das Haus vielleicht sogar schon ein Teil ihrer Familie. Deshalb will sie in diesem Haus bleiben. Das einzige Problem: Das Haus steht in Berverath.

Berverath ist eines der fünf Dörfer auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz, die noch für den Braunkohletagebau Garzweiler verschwinden sollen. Der Eindruck, den man bei Gesprächen mit ihr gewinnt: Kox sträubt sich mit jeder Faser ihres Körpers gegen den Gedanken, ihre Heimat aufgeben zu müssen. Deshalb kämpft sie für den Erhalt der bedrohten Dörfer.

Gestern Morgen stieg Wut in Britta Kox auf. „Wut, dass wir schon wieder gegeneinander ausgespielt werden“, sagt sie. Sie freut sich, dass

nun klar ist, dass der Hambacher Forst bleibt, aber sie ist tief enttäuscht darüber, dass die Erkelenzer Dörfer verschwinden sollen. Dabei hätte man doch beides erhalten können, die Dörfer und den Hambacher Forst. „Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat doch gesagt, dass wir mit der Kohle bis weit über 2038 hinaus auskommen, auch wenn wir den Hambacher Forst und die Dörfer erhalten“, sagt sie. In der Tat ist das ein Ergebnis einer allerdings sehr kurzen Studie, die das Institut in Berlin 2019 veröffentlicht hat. Aufgegeben hat Kox noch nicht: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, sagt sie.

Der Erkelenzer Bürgermeister Peter Jansen (CDU) kritisierte gestern, dass den Menschen in den bedrohten Dörfern seit dem Abschlussbericht der Kohlekommission im vergangenen Jahr zu große Hoffnungen gemacht wurden, die nun wieder in sich zusammenfallen. Jansen hatte schon die Formulierungen im Kompromisspapier der Kohlekommission als schlecht für Erkelenz bewertet. „Die Umweltverbände haben das Symbol Hambacher Forst so in den Vordergrund gerückt, dass sich die Politik sehr deutlich in diese Richtung gewandt hat“, sagte Jansen. Das spiegelte sich nun auch in der Entscheidung von Bund und Ländern wider. Garzweiler werde nun der am längsten laufende und am weitesten ausgekohlte Tagebau – „schade“, findet Jansen.

Die Entscheidung, dass die Dörfer nicht gerettet werden, kommt für Jansen nicht überraschend. Trotzdem hatte er auch einen Plan in der Schublade für den Fall, dass die Dörfer doch erhalten bleiben. „Wir hätten für alle denkbaren Varianten Lösungsansätze gehabt“, sagte

er weiter. Auch für Dörfer, die zu 80 Prozent leer stehen.

Darüber hatte die Stadt schon mit Landesbauministerin Ina Scharrenbach (CDU) und mit RWE, dem die leerstehenden Häuser gehören, Gespräche geführt. Diese Absprachen sind nun hinfällig. Dafür hat die Stadt Erkelenz bei aller Kritik, die Jansen äußert, zumindest Planungssicherheit.

Sicher scheint auch, dass die Proteste in den Erkelenzer Dörfern nun noch einmal intensiver werden. Das haben schon mehrere Gruppen, unter anderem „Alle Dörfer bleiben“ und „Ende Gelände“, angekündigt. Auch BUND-Funktionär Dirk Jansen sagte gestern, dass Bund und Länder mit ihrer Entscheidung noch mehr Öl ins Feuer gegossen haben: „Wenn Bundes- und Länderregierungen das Ziel hatten, die Kohleproteste zu befrieden, haben sie genau das Gegenteil erreicht.“

Dirk Jansen glaubt, dass die Dörfer „ohne Not“ und „vorsätzlich“ zerstört würden. „Armin Laschet wird nicht als Hambi-Retter in die Geschichte eingehen, sondern als Zerstörer der Dörfer“, sagte Jansen. „Ich will nicht von Häuserkampf sprechen“, er könne sich aber vorstellen, dass nun umso erbitterter um die Dörfer gekämpft werde.

Eine Frau namens „Mensch“

Im Hambacher Forst, wo auf einigen Wegen wieder Barrikaden aufgetürmt sind, stehen viele Zelte, auch ein paar Dutzend Baumhäuser sind seit der Räumung im Herbst 2018 wieder aufgebaut worden. Wie viele Menschen hier in der Natur campieren, lässt sich nur schwer schätzen, die Aachener Polizei spricht von einer mittleren zweistelligen Zahl, also etwa 50, aber auch das ist nur eine grobe Schätzung.

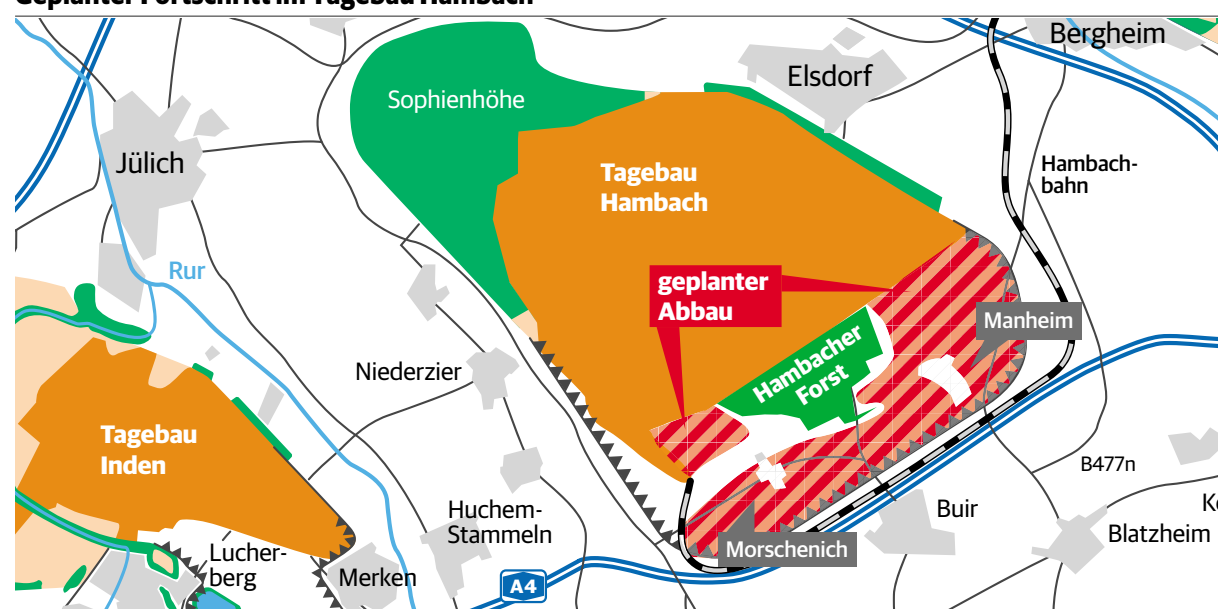
Im Wald ist es mittags noch ruhig, in der Nacht zum Donnerstag habe man bis 3 Uhr zusammengesessen, sagt jemand. Entsprechend spät verlassen die Leute ihre Schlafsäcke. Partystimmung ist, wie vielleicht in der Nacht zuvor, nirgendwo auszumachen, als sich die Nachricht von der Waldrettung langsam herumpricht.

Eine junge Frau, die „Mensch“ genannt werden will, sieht keinen Grund, jetzt den Wald zu verlassen. „Der Widerstand geht weiter.“ Ohnehin sei der Slogan „Hambi bleibt“ verkürzt gewesen. „Es geht doch hier um mehr: wie wir grundsätzlich in der Gesellschaft leben wollen“, sagt der „Mensch“. Die Umstehenden murmeln zustimmend. Die Nachricht vom Wald-Erhalt jedenfalls ändere – nichts. „Wir bleiben hier.“

„Es geht doch hier um mehr, wie wir grundsätzlich in der Gesellschaft leben wollen. Wir bleiben hier.“

Eine Waldbesetzerin, die „Mensch“ genannt werden will

Geplanter Fortschritt im Tagebau Hambach



GRAFIK: MHA